

„Kurze Wege für kurze Beine“ spricht für den Erhalt möglichst vieler Standorte bis zu einer Kinderzahl, bei der die qualitativen Nachteile („Anzahl“ der Lehrerinnen, zu kleine Lerngruppen (mehr als 2 Kombiklassen) die Vorteile überwiegen. Weder ein kategorisches Nein zu Kombiklassen noch die Erhaltung aller Standorte ohne eine perspektivische Planung, die die Geburtenentwicklung berücksichtigt sind aus der Erfahrung in der Gemeinde und der fachlichen Diskussion angemessen.

Kindergarten und Grundschulstandorte, damit zusammenhängende häufige Fahrtwege sind für viele junge Familien ein wichtiges Kriterium der Wohnortauswahl.

Die Erhaltung stadtferner Schulstandorte könnte die stadtfirmeren Dörfer für Familien attraktiver machen, das gilt in der aktuellen Diskussion sowohl für Kerstlingerode als auch für Bremke mit den jeweiligen Einzugsgebieten.

Kindergarten- und Grundschulqualität sind wichtige Faktoren der Lebensqualität für Familien. Die Beurteilungskriterien dieser Qualitäten sind einerseits vielfältig und kontrovers, andererseits gibt es im Grundschulbereich durch die Schulinspektion ein anerkanntes, belastbares Instrument, das dem derzeitigen Stand der Fachdiskussion entspricht.

Es bietet sich an, diese „unabhängig“ gewonnenen Ergebnisse zu berücksichtigen und in geeigneten Gremien auch zu diskutieren.

Die Diskussionen auf Gemeindeebene sind selbstverständlich laienhaft, die öffentlichen Beiträge, auch der Gemeinderatsmitglieder spiegeln nach mehrjähriger Diskussion immer noch persönliche, fachlich zweifelhafte Meinungen wieder.

*So wurden z.B. auf der letzten Gemeinderatssitzung für die Groß Lengdener Nachmittagsbetreuung 15000€/Jahr? bewilligt, damit eine Gleichbehandlung mit der Rheinhäuser und Bremker Offenen Ganztagschule erzielt wird. Die Gemeinde kann es sich offensichtlich leisten, auf die Kofinanzierung des Landes für die in Bremke noch eine erhebliche Eigenbeteiligung des Fördervereins notwendig war zu verzichten.*

Kombiklassen werden abgelehnt, flexible Eingangsstufe sei eine Errungenschaft.

Die präzise Differenzierung der diskutierten Modelle gelingt selbst einigen Gemeinderatsmitgliedern nicht.

Die Abnahme der Kinderzahl ist offensichtlich, die Schließung von Standorten als Konsequenz drängt sich auf.

Entscheidet der Gemeinderat tatsächlich auf der Grundlage dieser sehr zweifelhaften, schrittweise veröffentlichten Zahlen, nach dem der dafür eingesetzte Arbeitskreis über Jahre unzureichend informiert wurde und aktuell nicht einmal grob geschätzte Gesamtkosten unterschiedlicher Szenarien vergleichbar gegenüber stehen?

Die von der Verwaltung veröffentlichten Zahlen berücksichtigen weder Baumaßnahmen zur Umsetzung der mittlerweile für selbstverständlich gehaltenen Ganztagschule (Mensa, Ruhebereiche) noch notwendige bauliche Maßnahmen z.B. Stützung der Außenmauer in Kerstlingerode.

Die Mängellisten von Gemeindeelternrat und Grünenfraktion sind bekannt.

Die Kooperation von Gemeindeverwaltung und Schulbehörde, wie sie auf der Einwohnerversammlung demonstriert wurde, schafft Fakten, die einen logischen Verlauf nehmen sollen:

1. Bischausen, Ischenrode und Bremke „füllen Kerstlingerode auf“
2. Im zweiten Schritt drängt sich schon rein geographisch der Erhalt der Rheinhäuser Grundschule auf. Diemarden wird veräußert und damit hätten wir für die nächsten Jahre 3 Schulen.
3. Da Kerstlingerode „gesetzt“ und aufwendig saniert ist, spricht, vorausgesetzt die Geburtenentwicklung folgt der Prognose, auch dann wieder der geographische Aspekt für Rheinhausen. Die katastrophale Raumsituation und äußerst ungünstigen Anfahrtsbedingungen wären zu vernachlässigen.

(Die Darstellung mag zynisch klingen und vereinfacht sein, entspricht aber dem Kern den ich Herrn Prochs Ausführungen und Vorgehen entnehmen konnte.)

Alternativ, im Sinne einer lebendigen Demokratie, hätte ich folgenden Vorschlag:

Der Arbeitskreises Schulentwicklung nimmt mit klarem Auftrag kurzfristig die Arbeit wieder auf:

Vervollständigung der bisherigen Informationen, wie sie schon bei Einsetzung des 1. Arbeitskreises gefordert und zugesagt wurden.

Entwurf konkreter Szenarien inklusive der Entwicklung für Rheinhausen und Diemarden.

Eine Verbindliche Zusage der Verwaltung, diesen Arbeitskreis mit Informationen zu versorgen, bei Bedarf Mittel zur externen Begutachtung zur Verfügung zu stellen und eine realistische Prognose zu geben, wie die derzeitigen Zusagen z.B. für die Sanierung und den Umbau von Kerstlingerode umgesetzt werden.

Warum das Gleiche noch einmal?

- weil jetzt endlich Zahlen vorliegen, die Grundlage von Szenarien sein können.
- weil daran deutlich wird, was noch fehlt
- weil der Plan der Verwaltung finanzielle Konsequenzen hat, die wenigstens geschätzt werden sollten. Da keine belastbaren Zahlen vorliegen, ist es verantwortungslos aus dem Bauch heraus zu entscheiden. Andererseits, wenn geschätzte Zahlen veröffentlicht werden, gibt es die Möglichkeit, dass sich engagierte Bürger konstruktiv beteiligen. Das Bürgerinteresse und -engagement ist offensichtlich vorhanden.
- weil Ganztagsplanung einbezogen werden muss
- weil die Idee der SPD, dass die 6-jährige Grundschule Kriterium sei, nach dem Arbeitskreis aus dem Hut gezaubert wurde und im Arbeitskreis weder bewertet noch berücksichtigt wurde.
- Weil der Arbeitskreis sein Ziel, ein konsensfähiges Konzept zu erarbeiten, bei weitem verfehlt hat. Sollte das wieder nicht möglich sein, frage ich mich ob dafür nicht jemand die Verantwortung übernehmen müsste.

2. Die Perspektive eines Bremker Elternteils:

Welche Kriterien schließen es aus, ein Szenario, z.B. durch Veränderung der Einzugsbereiche zu entwerfen, das den Erhalt der kleinsten, aber von den baulichen Bedingungen günstigsten und gut erweiterbaren Bremker Grundschule mit einbezieht?

Neben den Argumenten für eine wohnortnahe, etablierte Schule, die auf alle Standorte übertragbar sind, hat die Bremker Grundschule ein gewachsenes, lebendiges, stimmiges Konzept, das von einem engagierten und kompetenten Kollegium, unterstützt von einer engagierten Elternschaft getragen wird. Eine Diskussion über Qualität erübrigt sich angesichts breiter Unterstützung der Elternschaft und hervorragender Ergebnisse der Schulinspektion. Verbesserungswürdig sind die finanzielle Ausstattung durch die Gemeinde und der Ausbau entsprechend dem Bedarf einer modernen Ganztagschule.

Das verstärkte Engagement der letzten Jahre, z.B. der ehrenamtliche Aufbau und die ehrenamtliche Umsetzung der Offenen Ganztagschule in der Anfangsphase, einschließlich der Finanzierung der Pädagogischen Mitarbeiterin im Nachmittagsbereich aus Spendengeldern des Fördervereins spiegelt den Wert, den diese Schule für Bischhäuser, Ischenröder und Bremker Kinder, Eltern und Großeltern hat.

Die Befürchtung, dass die Diskussion nicht „ergebnisoffen“ geführt wurde, sondern dass neben den fachlichen und finanziellen Kriterien auch Interessen ausschlaggebend sein könnten, die in die öffentliche Diskussion nicht mit einfließen, wurde aus Bremker Sicht nie entkräftet. Die veröffentlichten „Zahlen“ sprechen meines Erachtens eher für eine Neuordnung der Einzugsbereiche als für eine Schließung der Schule mit dem geringsten Sanierungsbedarf. Herr Proch ist meiner Bitte, die Variante der Teilsanierung von Kerstlingerode bei Erhalt der Bremker Schule den anderen Rechenbeispielen gegenüber zu stellen, nicht nachgekommen.

Die aktuelle Situation, in der dem Bremker Kollegium der Umzug nach Kerstlingerode angeboten wird, was angesichts der politischen Konstellationen das kleinste Übel für alle Betroffenen im Bremker Einzugsbereich zu sein scheint, erhöht den Entscheidungsdruck.

Für viele Eltern ist gerade das bestehende Kollegium der Garant für die Qualität der Schule. Der Erhalt des Kollegiums für die Kinder der kommenden Jahre ein hoher Wert, nicht weil gut ist, was bekannt ist, sondern weil dieses Team eindrucksvoll gezeigt hat, dass es auch unter widrigen Bedingungen liebevoll, kompetent und erfolgreich mit unseren Kindern arbeitet.

Lieber sichern wir für unsere Kinder das bewährte Team, und versuchen das Beste daraus zu machen, als in den Interessenmühlen Gleichener Kommunalpolitik zermürbt zu werden

Sollte es der Gemeindeverwaltung gelungen sein, auf diese Art und Weise seine Ziele durchzusetzen ist es schade um das vergebliche Engagement in den Gremien und ein trauriges Abbild der politischen Kultur in der Gemeinde.

Offen blieben dann folgende Fragen:

Was wird umgesetzt von den Zusagen für eine Sanierung und Umgestaltung der Kerstlingeröder Schule, angesichts knapper Kassen und möglicherweise veränderter politischer Machtverhältnisse?

Wird es einen Ausgleich für die Dörfer geben, die offensichtlich stärkere Nachteile haben werden als andere, z.B. Garantie des Kindergartens, Unterstützung der Sporthalle, wenn die Nutzung durch die Grundschule wegfällt ...?

Ist es möglich, im Vorfeld konkrete Aussagen über Mindeststandards für den veränderten Schülertransport zu machen, die im Zweifel von der Gemeinde finanziert werden müssten?

Stefan Heinemann